



Der Ausschuss der Regionen (AdR), im Bild sein Sitz in Brüssel, ist eine politische Versammlung, die die Interessen der Gemeinden, Städte und Regionen im Gefüge der Europäischen Union und bei der Konzipierung neuer EU-Vorschriften vertritt. Er ist an den Grundsätzen Subsidiarität, Bürgernähe und Partnerschaft ausgerichtet. Für den Landtag NRW sitzen Dietmar Brockes MdL (FDP) sowie für die Landesregierung Werner Jostmeier MdL (CDU) im AdR.

Foto: Ausschuss der Regionen

Dem Titel gemäß hebt der Ausschuss aber insbesondere hervor, dass Konjunkturprogramme nicht einseitig auf die nationale Ebene ausgerichtet sein dürften, da „viele Vorhaben der öffentlichen, bürgernahen Infrastruktur“ auf regionaler und lokaler Ebene erbracht würden. Zum Beispiel gebe es einen „Nachholbedarf an öffentlichen Investitionen“ in den Bereichen Straßen, Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Krankenhäusern, Breitbandverkabelung oder Energieeffizienz.

Die Maßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur müssten also dem Grundsatz der Subsidiarität (wonach die jeweils bürgernächste staatliche Ebene Vorfahrt hat) folgen und sie müssten langfristig angelegt sein. Insbesondere mit Blick auf regionale und kommunale Verwaltungen werden im Entwurf „vereinfachte und flexible Modalitäten der Auftragvergabe“ gefordert. Um eine schnelle Umsetzung der Wirtschaftsförderung zu erreichen sowie die Beteiligung auch finanzschwacher Städte, Gemeinden und Kreise sicherzustellen, soll über eine Vorauszahlung von EU-Fördermitteln, einen erleichterten Einsatz der Strukturfondsmittel sowie über eine Unterstützung seitens der Europäischen Kommission bei der Ko-Finanzierung nachgedacht werden.

Der lokalen Ausrichtung auch europäischer Konjunkturmaßnahmen folgt die Betonung der besonderen Rolle kleiner und mittlerer Unternehmen.

Damit die EU und ihre Mitgliedstaaten gestärkt aus der Krise hervorgehen, fordert die Fachkommission in dem verabschiedeten Entwurf, dass alle Maßnahmen nachhaltig und mit den Zielen der Lissabon-Strategie (die über wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU erhöhen soll) konform sein müssen. Notwendig sei allerdings auch eine „sachgerechte und wirkungsvolle“ Neuregelung der Finanzwirtschaft. cw

Die weitere Entwicklung der Konjunktur in Deutschland erörterten Mitglieder des Wirtschaftsausschusses unter Leitung des Vorsitzenden Franz-Josef Knieps (CDU) am 12. März 2009 mit dem Wirtschaftsausschuss des bayerischen Landtags. Einen Link zum Protokoll dieser Sitzung finden Sie auf der Seite des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Energie unter www.landtag.nrw.de (Rubrik Parlament/Ausschüsse und Gremien).

Gemeinsam gegen die Wirtschaftskrise

Europäische Maßnahmen müssen regional ausgerichtet sein

Wirtschaftskrise, crise économique, economic crisis – viele Sprachen, ein Phänomen: Die Turbulenzen auf dem Finanzmarkt, ausgehend von regionalen Hypothekendarlehen in den USA, haben weltweit die Realwirtschaft erfasst. Unternehmen – kleine, mittelständische bis hin zu weltumspannenden Konzernen – sind allen guten Produkten und Absatzmöglichkeiten zum Trotz von Liquiditäts- und Kreditengpässen betroffen. Natürlich liegen jedem politisch Verantwortlichen, jeder nationalen Regierung zunächst die Sorgen ihrer Bürgerinnen und Bürger am Herzen. Vor diesem Hintergrund berichtet Landtag Intern über die entsprechende Stellungnahme im Europäischen Ausschuss der Regionen (Verfasser: Dietmar Brockes MdL, NRW) wie auch über Erwartungen aus den einzelnen Fraktionen im Düsseldorfer Landtag an das Europäische Konjunkturpaket.

Die europäischen Institutionen – allen voran der Europäische Rat, aber auch die Europäische Kommission, das Europäische Parlament sowie der Europäische Ausschuss der Regionen und der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss – erinnern unablässig an die veränderten Strukturen der Weltwirtschaft: Auf globalem Parcours hat Europa, haben die Europäischen Mitgliedstaaten, nur dann eine Chance, wenn ihre Maßnahmen und Strategien miteinander abgesprochen und aufeinander abgestimmt sind.

Die Brüsseler Botschaft: Der europäische Binnenmarkt – begrenzt durch das Gebot, europäische und nationale Standards zu respektieren – darf durch einseitige Maßnahmen in gleich welchem Mitgliedsstaat nicht außer Kraft gesetzt werden. Ansonsten droht einer der wirkungsvollsten Antriebskräfte des europäischen Einigungsprozesses lahmgelegt zu werden.

AUSRICHTUNG AUF REGIONEN

Die Wirtschaftskrise als Bewährungsprobe für die Soziale Marktwirtschaft wie für die EU: So sieht es der Entwurf einer Stellungnahme im Ausschuss der Regionen mit dem Titel „Das Europäische Konjunkturprogramm und die Rolle der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften“. Verfasst hat sie als dessen Berichterstatter Dietmar Brockes (FDP), der den Landtag Nordrhein-Westfalen in dieser europäischen Institution vertritt. Die zuständige Fachkommission hat am 19. Februar 2009 dem Text zugestimmt. Sie betont darin, dass die Mitgliedstaaten in dieser Krise „nicht in nationalistische und protektionistische Verhaltensweisen zurückfallen dürfen“. Vielmehr müsse ein dezidiert europäischer Ansatz „einen gemeinsamen Handlungsrahmen für nationale Maßnahmen“ bilden.